

Newsletter März 2017

In dem Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ des BMVI sollen verkehrsplanerische Ansätze und die Standortplanung von Versorgungseinrichtungen zusammengeführt werden. Die Angebote der Daseinsvorsorge sollen mittel- bis langfristig an räumlich möglichst günstigen Standorten gebündelt werden („Kooperationsraumkonzept“) und ihre Erreichbarkeit sichergestellt werden („Mobilitätskonzept“). 18 Modellregionen nehmen an dem Modellvorhaben teil.

Inhalt

- „Der Ländliche Raum setzt auf Kooperation“ Bericht zur Fachveranstaltung in Bad Kissingen am 14. Februar 2017
- Neuigkeiten aus den Modellregionen
- Interessante weiterführende Informationen



Der Ländliche Raum setzt auf Kooperation - Fachveranstaltung

Knapp 140 Interessierte aus der Fachöffentlichkeit und den 18 Modellregionen nahmen an der ersten Fachveranstaltung im Rahmen des Modellvorhabens am 14. Februar 2017 in Bad Kissingen teil. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf interkommunalen und fachbezogenen Kooperationen und ihrer Rolle bei der langfristigen Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen.

Nach einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Kay Blankenburg und Landrat Thomas Bold eröffnete die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Dorothee Bär die Fachveranstaltung mit einer Rede zur Infrastruktur- und Mobilitätspolitik des BMVI für den ländlichen Raum. Sie unterstrich, dass es das erklärte Ziel der Bundesregierung ist, sich überall in Stadt und Land für gleichwertige Lebensbedingungen einzusetzen und eine hohe Lebensqualität mit guten Beschäftigungs- und Umweltbedingungen sicherzustellen. Sie betonte dabei, wie wichtig es dem BMVI ist, mit Fördergeldern Projekte und innovative Ansätze vor Ort zur Gestaltung des demografischen Wandels zu unterstützen.

Gerade strukturschwächere und vom demografischen Wandel besonders betroffene ländliche Regionen brauchen solche Unterstützung.

Erkenntnisse aus vielen Modellvorhaben und Forschungs- und Förderprojekten zeigen, dass Bemühungen um gleichwertige Lebensverhältnisse differenzierte und regionsspezifische Lösungsstrategien verfolgen müssen. Bei der Sicherung der Daseinsvorsorge kommt der Mobilität und der Breitbandinfrastruktur eine Schlüsselstellung zu. In der Organisation und Sicherung der Mobilität mit intelligenten Konzepten und Angeboten liegt eine herausragende Aufgabe für die Zukunft ebenso wie in dem weiteren Ausbau der Breitbandversorgung und der Nutzung z. B. moderner telemedizinischer Anwendungen wie hier in der Modellregion Bad Kissingen/Rhön-Grabfeld.

Besonders die Digitalisierung eröffnet den ländlichen Räumen ganz neue Chancen für die Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang sieht sie in Kooperationen einen entscheidenden Erfolgsfaktor.

Fortsetzung nächste Seite...



Überblick

Johann Kaether von der Forschungsassistenz gab einen knappen [Überblick](#) über das Vorgehen im Modellvorhaben und die Modellregionen. Die Ausgangslagen in den 18 Modellregionen, bei denen es sich um 5 Landkreisverbände und 13 Einzelkreise handelt, sind dabei durchaus unterschiedlich bspw. was Fläche, Bevölkerungszahl bzw. -dichte oder die Anzahl der Gemeinden angeht. Neben der weitgehend einheitlichen Vorgehensweise der Erarbeitung eines integrierten Kooperationsraums- und Mobilitätskonzepts (siehe [Newsletter Juni 2016](#)) sind eine umfassende Beteiligung und investive Projekte zentrale Bausteine des Modellvorhabens. Mit verschiedenen Beteiligungsformaten werden Akteure aus Politik und Fachwelt, Bürgerinnen und Bürger sowie spezifische Nutzergruppen wie Familien, ältere Menschen oder Kinder und Jugendliche in die regionalen Prozesse eingebunden. Die bisher geplanten investiven Projekte der Modellregionen beziehen sich häufig auf Themen im Bereich Mobilität: z. B. Informations- und Koordinierungseinrichtungen für Mobilitätsangebote.

Josef Mend, 1. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetages und Erster Bürgermeister der Stadt Iphofen, hob die Bedeutung der Kooperation von Gemeinden bei der Sicherung der Lebensqualität hervor und gab Beispiele für die vielfältigen "gelebten" Kooperationen insbesondere auch in der Region Unterfranken.

Kooperationen in der Daseinsvorsorge und im Nahverkehr

Johann Kaether zeigte auf, dass in verschiedenen Modellvorhaben des BMVI [im Themenfeld Daseinsvorsorge interkommunale und fachübergreifende Kooperationen](#) zentrales Merkmal des strategischen Vorgehens und auch der Lösungen sind. Kooperation findet bei der Erstellung von (fach-)übergreifenden Strategien/Konzepten (z. B. Regionalstrategie Daseinsvorsorge) für Gesamt- und Teilräume, bei Strategien und Konzepten für einzelne Fachthemen sowie bei der Schaffung von Angeboten (neu oder qualitativ verbessert) statt. Er verdeutlicht dies anhand von einigen Beispielen aus verschiedenen Modellvorhaben des BMVI in Themenfeldern wie Gesundheitsversorgung, Brandschutz oder Schulentwicklung und Kinderbetreuung.

Meinhard Zistel, Fachbereichsleiter ÖPNV-Finanzierung, Demografie und ländliche Räume beim [Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. \(VDV\)](#), richtete den Blick auf [Kooperationen im Nahverkehr](#). Er plädierte dafür, die Abwärtsspirale bei den Fahrgastzahlen mit einer zielgerichteten Vorwärtsstrategie umzukehren und zeitgemäße Mobilitätsangebote für Jedermann zu etablieren. Zentral ist dabei die differenzierte Bedienung über ein

mehrstufiges Modell mit übergeordnetem Bahn-Bus-Hauptnetz, lokalem Linienverkehr zur Erschließung, flexiblen Bedienungsformen sowie alternativen Mobilitätsangeboten. Ländliche Mobilität braucht dabei vielfältige Kooperationen der Verkehrsunternehmen, die sich zunehmend als lokale Mobilitätsdienstleister mit verschiedenen Partnern verstehen. Herr Zistel gab entsprechende Beispiele wie PlusBus, MultiBus, kombiBus und andere.

Die verwaltungswissenschaftliche Perspektive

Prof. Dr. Jochen Franzke vom [Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam](#) beleuchtete die [Nachhaltigkeit von \(gemeindlichen\) Kooperationen aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht](#). Er stellte Vorteile und Risiken interkommunaler Kooperationen dar. Zu den Vorteilen gehören u.a. die gemeinsame Vertretung gemeindlicher Interessen gegenüber EU, Bund, Ländern, Regierungsbezirken sowie anderen Akteuren. Weitere Vorteile liegen in der Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Lösung zunehmender Komplexität gemeindlicher Herausforderungen oder im Erfahrungs- und Informationsaustausch über Lösungen gemeindlicher Probleme. Positiv ist auch die Stärkung der Effizienz gemeindlicher Dienstleistungen durch gemeinsame Angebote unter Nutzung von Skaleneffekten, Qualitätsverbesserungen und Kostenersparnis. Risiken liegen z. B. im Verlust lokaler Autonomie (besonders bei Kooperationen unterschiedlich großer Gemeinden) und in der Schwächung oder dem Verlust demokratischer Kontrolle. Zudem kann das Problem einer Überforderung der Gemeinderäte mit Steuerung und Management interkommunaler Kooperation auftreten.

Prof. Franzke gab zudem einen Überblick über die verschiedenen gesetzlichen und freiwilligen Formen interkommunaler Kooperation sowie von deren Effekten. Voraussetzung für den Erfolg interkommunaler Kooperationen ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit der kommunalen Ebenen bzw. Institutionen (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden) mit Unterstützung der Länder bzw. des Bundes und das Vertrauen der beteiligten Akteure untereinander. Interkommunale Kooperation braucht die Legitimation der Bürger, gezielte Information und Rechenschaftslegung und wo es möglich ist auch Bürgerbeteiligung. Dann kann ihnen die Rolle als Gegenentwurf zu weiteren gesetzlichen Gemeindefusionen, wie sie in verschiedenen Bundesländern angedacht sind, zukommen.

Fortsetzung nächste Seite...

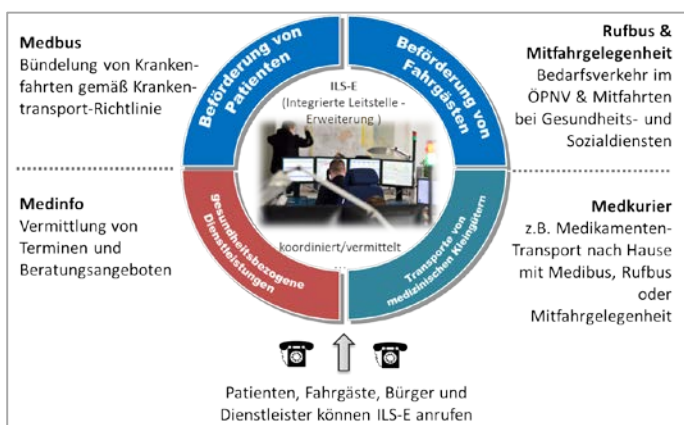


Praxisbeispiele aus Modellregionen

Sebastian Dresbach, einer der zwei Geschäftsführer des Zentrums für Telemedizin (ZTM) in Bad Kissingen, stellte das Telemedizin-Verbund-Projekt der Landkreise Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen vor. Ein wichtiger Ansatz ist dabei MoNA, die Mobile Netzwerkmedizinische Assistenz, ein mobiles Care Management auf Basis des VeraH-Programmes (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis). Zentrale Elemente sind dabei ein mit einem telemedizinischen Koffer ausgerüstetes E-Mobil und die gemeinsame Patientenakte zur bedarfsorientierten Vernetzung von Arztpraxen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und des häuslichen Umfelds der Patienten.

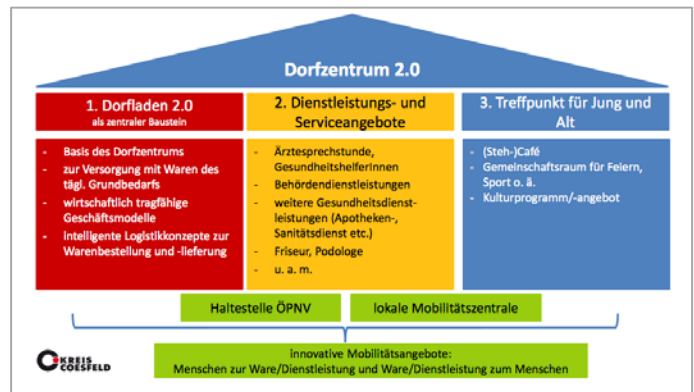


Der Aufbau einer Integrierten Leitstelle für Notfallversorgung, Medizinverkehr und ÖPNV (ILS-E) ist das Ziel des Projektes des Landkreises Vorpommern-Greifswald. Wie Jenny Kempka vom Technologiepark Nord°Ost° (WITENO) in Greifswald erläuterte, soll diese als eine zentrale Koordinierungs-Leitstelle zur Organisation von Fahrdiensten und mobilen Dienstleistungen in den Ämtern Peenetal-Loitz und Stettiner Haff fungieren. Bündelungspotenziale im Medizinverkehr und ÖPNV sollen ermittelt und genutzt werden und ein Organisationsmodell sowie ein Betreiberkonzept für die Koordinierungs-Leitstelle erarbeitet und umgesetzt werden.



Mobilitätsangebot nach ILS-E, Quelle: Kempka

Im Kreis Coesfeld sollen zur Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge und Verbesserung des Mobilitätsangebotes in kleinen Ortsteilen Dorfzentren 2.0 umgesetzt werden wie Simone Thiesing und Mathias Raabe von der Kreisverwaltung berichteten. Das Konzept Dorfzentrum 2.0 sieht dabei als zentralen Baustein einen Dorfladen 2.0 zur Versorgung des Ortes mit Waren des täglichen Bedarfs vor. Kombiniert werden diese mit weiteren Dienstleistungs- und Serviceangeboten wie Ärztesprechstunde, GesundheitshelferInnen, Behördendienstleistungen u. Ä. sowie einem Treffpunkt für Jung und Alt. Zudem sollen eine ÖPNV-Haltestelle, eine lokale Mobilitätszentrale und innovative Mobilitätsangebote damit verknüpft werden.



Idee „Dorfzentrum 2.0“, Quelle: Kreis Coesfeld

Podiumsdiskussion

Abgerundet wurde die Fachveranstaltung durch eine Podiumsdiskussion. Landrätin Christine Zitzmann (Landkreis Sonneberg), die Landräte Dr. Joachim Streit (Eifelkreis Bitburg-Prüm), Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld), Michael Harig (Landkreis Bautzen) sowie der 1. Kreisbeigeordnete Dr. Jens Mischak (Vogelsbergkreis) als politische Vertreterin und Vertreter von Modellregionen diskutierten über ihre "Lieblingskooperationen" und Erfahrungen sowie Erfolgsfaktoren bei der Kooperation in den Bereichen Daseinsvorsorge und Mobilität. Dabei unterstrichen sie ihre Erwartungen, dass es mit dem Modellvorhaben gelingen werde, weitere interkommunale Kooperationen zur Sicherung von Daseinsvorsorge und Mobilität in ihren Modellregionen zu etablieren.





Neuigkeiten aus den Modellregionen

Salzlandkreis

Die Modellregion hat einen Newsletter mit Informationen zum Projektfortgang veröffentlicht. Eine eigene [regionale Projekthomepage](#) zu den Aktivitäten im Salzlandkreis z. B. zur Öffentlichkeitsbeteiligung ist nun online. Unter "Aktuelles" steht dort u.a. der regionale Newsletter zum Herunterladen bereit.

Landkreise Sonneberg und Hildburghausen

Auftaktveranstaltung am 15. November in Eisfeld mit 60 Teilnehmenden mit Diskussion in 2 Arbeitsgruppen über die Themen Versorgung und Mobilität geführt. [Veranstaltungsdokumentation](#) und [Beteiligungsplattform](#)

Landkreis Wesermarsch

Drei Auftaktwerkstätten fanden Ende Oktober 2016 in drei Teilräumen mit Beteiligung von insgesamt über 100 Bürgerinnen und Bürgern statt.

[Weitere Informationen](#) und [Tagungsdokumentation](#).

Landkreise Bautzen und Görlitz

Unter dem Motto „Grundprinzip Mitmachen: Bürger beteiligen sich“ fanden im November 2016 insgesamt sechs regionale Workshops in beiden Landkreisen statt.

[Weitere Informationen](#)

Landkreis Merzig-Wadern

Öffentliche Auftaktveranstaltung am 20. Februar 2017 in Mettlach mit rund 100 Bürgerinnen und Bürgern.

[Weitere Informationen](#)

Weitere Informationen und Neuigkeiten rund um das Modellvorhaben finden Sie auch unter www.modellvorhaben-versorgung-mobilitaet.de

Einige der Präsentationen der Fachveranstaltung können Sie direkt hier herunterladen: www.modellvorhaben-versorgung-mobilitaet.de/veranstaltungen/

Interessante weiterführende Informationen

Veranstaltungen

[Demografie Gipfel der Bundesregierung „Zusammenhalt stärken – Verantwortung übernehmen“](#) am 16. März 2017, [Liveübertragung und Videos vorheriger Veranstaltungen](#)

[Konferenz "Kommunen in der alternden Gesellschaft - Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung"](#) am 4. April 2017 in Berlin.

[Netzwerktreffen Dorferneuerung und -entwicklung „mobil in Dorf und Region“](#), Workshop der Deutschen Vernetzungsstelle am 4. und 5. April 2017 in Euskirchen

Links zu Studien

[Jedes Alter zählt „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“](#), Demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung (Stand: Februar 2017)

[Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften](#), Siebter Altenbericht der Bundesregierung als Broschüre mit den wichtigsten Aussagen, Ergebnissen und Empfehlungen.

[Integrierte Mobilitätskonzepte zur Einbindung unterschiedlicher Mobilitätsformen in ländlichen Räumen](#) BMVI-Online-Publikation Nr. 04/2016 mit Baukastensystem innovativer Maßnahmen, das alle Verkehrsträger einbezieht.

Der [15. Kinder- und Jugendbericht](#) zeichnet ein aktuelles Bild der Lebenslagen und des Alltagshandelns Jugendlicher und junger Erwachsener.

[Verkehr in Zahlen 2016/2017](#). Hrsg.: BMVI

[Kompakt² - Elektromobilität](#) und [Kompakt² - Digitale Gesellschaft](#). Hrsg.: BMVI

[Landflucht? Gesellschaft in Bewegung](#)

Informationen zur Raumentwicklung 2.2016, Hrsg.: BBSR

Impressum

Dieser Newsletter wird im Auftrag des BMVI im Rahmen des Modellvorhabens von der Forschungsassistentin (Hochschule Neubrandenburg/ InnoZ Berlin) erstellt und erscheint sechsmal im gesamten Zeitraum (Laufzeit 2015 – 2018). Wenn Sie diesen Newsletter abonnieren oder wieder abbestellen möchten, senden Sie einfach eine E-Mail an: modellvorhaben_modavo@hs-nb.de

V.i.S.d.P.: Johann Kaether, HS Neubrandenburg, Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg